



## Niederschrift zur 5. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen der Stadt Zossen

**Sitzungstermin:** Montag, den 03.05.2021  
**Sitzungsbeginn:** 18:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 21:33 Uhr  
**Ort, Raum:** **Bürgerhaus Wünsdorf, Mehrzweckraum, Am Bürgerhaus 1,  
15806 Zossen, Ortsteil Wünsdorf**

### **Anwesend sind:**

#### **Ausschussvorsitzender**

Herr Hermann Kühnapfel

#### **Ausschussmitglieder**

Herr Stefan Christ

Herr Edgar Leisten

Herr Olaf Manthey

Herr Rolf von Lützwow

Herr Wolf-Dieter Wollgramm

#### **sachkundige Einwohner**

Frau Christina Fröhlich

Herr Dipl.-Finw. (FH) Enrico Moll

Frau Ute Reglin

#### **Bürgermeisterin**

Frau Wiebke Schwarzweller

#### **Amtsleiter Kämmerei**

Herr Jan Krolik

#### **Öffentlichkeitsarbeit**

Herr Michael Roch

#### **Protokollantin**

Frau Carolin Peidelstein

### **Hinweis:**

Die Sitzung findet als Präsenzsitzung nach § 5 der Brandenburgischen kommunalen Notlagenverordnung (BbgKomNotV) statt.

Für die allgemeine Öffentlichkeit findet im Bürgerhaus Wünsdorf, großer Saal, Am Bürgerhaus 1, 15806 Zossen, OT Wünsdorf eine Übertragung nach § 9 Abs. 1 Satz 2 BbgKomNotV statt. Der große Saal ist über die Terrasse öffentlich zugänglich. Einwohnerfragen können nur hier gestellt werden.

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Wahl der/des stellv. Ausschussvorsitzenden
5. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 24.03.2021
6. Bericht aus der Verwaltung
7. Einwohnerfragestunde
8. Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
9. Beratung von Beschlussvorlagen

- 9.1. Bahnquerung für Kraftfahrzeuge in Dabendorf innerorts - Festlegung der Variante  
Vorlage: 063/21
- 9.2. Einbringung einer Sacheinlage in die Schulbau Dabendorf GmbH über die ZWG  
Vorlage: 065/21

## **Öffentlicher Teil**

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**

Die Sitzung wird um 18:36 Uhr durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kühnapfel eröffnet.

### **zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Kühnapfel stellt fest, dass von den sechs stimmberechtigten Ausschussmitgliedern sechs anwesend sind. Die Sitzung ist somit beschlussfähig. Herr Kühnapfel stellt die neuen Ausschussmitglieder vor.

Die Sitzung findet als Präsenzsitzung statt. Herr Wollgramm schaltet sich online dazu.

### **zu 3 Feststellung der Tagesordnung**

Es liegen keine Änderungswünsche oder Einwendungen gegen die Tagesordnung vor. Diese wird wie vorliegend abgestimmt.

Abstimmung: 6 / 0 / 0

### **zu 4 Wahl der/des stellv. Ausschussvorsitzenden**

Herr Kühnapfel schlägt Herrn von Lützow als stellvertretenden Ausschussvorsitzenden vor.

Es gibt keine weiteren Vorschläge.

Herr von Lützow nimmt die Kandidatur an.

Herr Manthey ist nicht mit einer offenen Wahl einverstanden. Die Wahl findet als geheime Wahl statt.

Herr Kühnapfel schlägt Frau Peidelstein (Sitzungsdienst) und Herrn Krolik (Kämmerer) als Wahlhelfer vor.

Frau Peidelstein lehnt ab.

Frau Schwarzweller und Herr Krolik bilden die Wahlkommission.

Alle Ausschussmitglieder und die Bürger können sich von der leeren Wahlurne überzeugen.

Herr Kühnapfel erklärt den Wahlzettel.

Herr Kühnapfel eröffnet den Wahlvorgang und ruft die Ausschussmitglieder nach einander und einzeln zur Wahl auf.

Herr Wollgramm (online Teilnahme) bekommt eine E-Mailadresse, an diese soll er sein Ergebnis versenden. Frau Schwarzweller überträgt die Stimme auf einen Wahlzettel und legt diesen in die Wahlurne.

Frau Schwarzweller und Herr Krolik zählen die Stimmen aus.

Herr Krolik stellt das Ergebnis vor.

Ja 5

Nein 0

Enthaltung 1

Herr von Lützow wurde mit 5 Ja-Stimmen zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt.

Herr von Lützow nimmt die Wahl an.

**zu 5 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 24.03.2021**

Es liegen keine Einwendungen gegen die oben genannte Niederschrift vor. Diese gilt damit als angenommen.

**zu 6 Bericht aus der Verwaltung**

Herr Krolik stellt den Bericht aus der Verwaltung an Hand einer PowerPoint Präsentation vor. Die Präsentation wird dem Urprotokoll beigefügt und wurde vorab an die anwesenden Ausschussmitglieder verteilt. Der Bericht aus der Verwaltung umfasst folgende Punkte:

1. Vergleich Finanzrechnung 04/2020 vs. 27/04/2021
2. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
3. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
4. Jahresübersicht: Liquiditätsentwicklung 2021 inkl. Forecast
5. Aktueller Stand 1. Nachtragshaushalt 2021

**zu 7 Einwohnerfragestunde**

Einwohner 1:

Es wurde letzten Montag gesagt, dass der Landtag eine positive Entscheidung, in der es um die Stadt Zossen ging, gemacht hat. Darin ging es darum, dass Zossen aus dem Haushaltsicherungskonzept rauskommen könnte.

Der Landkreis hat nur einen Planungsingenieur für Radwege, wie viele hat Zossen?

Kann man die Grundstücke in Zossen kaufen?

Im NÖ-Teil ist Schünow betroffen und da möchte er als Ortsvorsteher gerne teilnehmen.

Frau Schwarzweller:

Es wurde der Beschluss gefasst, dass die Kreisumlage nur noch 37,5 % beträgt. Aus diesem Grund gibt es einen positiven Ausblick auf das Jahresendergebnis im Haushalt. Es wird aber nicht dazu führen, dass wir aus dem Haushaltssicherungskonzept kommen.

Wir müssen fundierte Pläne zum Radwegekonzept vorweisen.

Ankäufe von Anwohnern werden durch die Verwaltung geprüft. Aktuelle Einschätzungen können wir durchaus in der SVV im NÖ Teil diskutieren. Wenn die Bilanz von Zossen nicht leidet, dann wäre es eine Option. Zum Flächentausch in Schünow können sie gerne teilnehmen.

Herr Kühnapfel:

Die Abgeordneten müssen für den Ortsvorsteher von Schünow einen Antrag zum Rederecht stellen.

Herr Manthey stellt den Antrag, dass der Ortsvorsteher von Schünow Rederecht zum Tagesordnungspunkt 13.6 erhält.

Abstimmung zum Rederecht Ortsvorsteher Schünow: 5 / 1 / 0

Die sachkundige Einwohnerin Frau Fröhlich ist ab 19:02 Uhr anwesend.

Einwohnerin 2:

Der Ortsvorsteher kann in allen Themen, die seinen Ortsteil betreffen teilnehmen.

Wird heute über die Kosten der Bahnquerung gesprochen? Des Weiteren führt die Einwohnerin zu den Varianten der Bahnquerung aus.

Herr Kühnapfel unterbricht die Bürgerin nach 5 Minuten Redezeit. Zu den Fragen wird es heute noch eine Präsentation geben.

Herr Klucke:

Bald ist die Schulöffnung in Dabendorf. Sind noch Sachen zu erwarten, die der Stadt negativ ins Gewicht fallen könnten? Werden die Mietkosten komplett übernommen oder gibt es Probleme?

Herr Krolik:

Die Kosten wurden beziffert an den Landkreis geschickt. Man streitet sich darum, wie die Berechnung erfolgt. Die Schule ist von der Vorgängerin überdimensional geplant worden und der Landkreis ist nicht gewillt die Kosten zu übernehmen. Außerdem wurden die Fördermittel nicht komplett ausgeschöpft. Wir gehen davon aus, dass wir die Mittel der letzten Jahre auch in diesem Jahr bekommen. Aktuell gibt es keine Rückmeldung darüber, was zu erwarten ist

Herr Klucke:

Die Fördermittel wurden verwehrt. Im Brandenburgischen Schulgesetz §110 stehen die Kosten drin und diese sind zu übernehmen.

Herr Krolik:

Der Landkreis macht eine Mindestkalkulation.

Herr Hummer:

Damals wurde die Förderung richtig eingereicht. Es kann nicht sein, dass mit uns ein Vertrag gemacht wurde und jetzt sollen wir das Mindestgebot bekommen, weil die Schule angeblich zu teuer ist. Das können und dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Wir sollten eine Klage in Betracht ziehen.

Frau Schwarzweller:

Wenn der Bescheid vorliegt, dann können wir hier darüber diskutieren und dies rechtl. Prüfen. Auch was die Förderung betrifft. Vielleicht wäre eine Europaausschreibung notwendig gewesen.

Die Einwohnerin 2 meldet sich erneut zu Wort, bekommt aber kein erneutes Rederecht zugesprochen.

Einwohner 3:

Wann schauen sie, Herr Kühnapfel mal in der Gemeindeordnung rein?

Herr Kühnapfel:

Er schaut ständig in die Geschäftsordnung rein. Er verzichtet auf eine weitere Nachfrage des Einwohners.

## **zu 8           Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

Es findet von 19:14 Uhr bis 19:25 Uhr eine Lüftungspause statt.

Herr Manthey:

Wann und in welcher Höhe wurde der Antrag zur Übernahme der Schulkosten an den Landkreis gestellt?

Herr Manthey verliest und übergibt Fragen zur Bahnquerungsvariante Dabendorf eines Bürgers. Diese werden den Protokoll als Anlage 1 beigelegt. Er bittet um Beantwortung der Fragen ggf. auch im nächsten Bericht aus der Verwaltung.

Frau Schwarzweller:

Die Verwaltung nimmt alle Fragen mit.

Herrn von Lütow:

Zum Zehrendorfer Platz / Eichenhain 1 und 2 – wann wird da eine Verkehrsleitplanung gemacht oder eine Verkehrsinsel gebaut?

Frau Schwarzweller:

Das war der Ansatz im B-Plan. Es wird separat eine Verkehrsstudie durchgeführt.

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

1.) *Eine Eisenbahnüberführung mit Geh- und Radweg (Tunnel) in der Goethestraße wird geschaffen, der Übergang in der Brandenburger Straße entfällt.*

*oder*

2.) *Eine Eisenbahnüberführung in der Goethestraße und eine Geh- und Radwegunterführung in der Brandenburger Straße werden geschaffen.*

*oder*

3.) *Eine Eisenbahnüberführung mit Geh- und Radweg in der Goethestraße und eine Geh- und Radwegunterführung in der Brandenburger Straße werden geschaffen.*

Die PowerPoint-Präsentation der Deutschen Bahn „BÜ-Ersatzmaßnahmen im Ortsteil Dabendorf“ wurde vor der Sitzung an alle Ausschussmitglieder verteilt und wird dem Urprotokoll beigefügt. Herr Ludwig von der Deutschen Bahn stellt die Präsentation vor.

Frau Schwarzweller:

Aus der Diskussion im BBW ist hervorgegangen, das die beste Option für Zossen 2.) oder 3.) ist. Einen Rechtsanspruch auf die Bahnquerung haben wir. Die Verkehrssituation zeigt, was passiert, wenn man nicht mehr über die Bahnschienen kommt. Wir arbeiten weiterhin an der Nordumfahrung. Beide Lösungen werden wir für Zossen brauchen.

Herr Moll, sachkundiger Einwohner:

Sind die P+R Flächen im Eigentum der Bahn, Stadt oder privat?

Frau Schwarzweller:

P+R Flächen sind in der Zusammenarbeit mit Bahn aber hoheitlich von Zossen geplant und betreut.

Herr Ludwig:

Die Stadt muss diese herrichten. Die Kosten trägt die Stadt. Es ist eine stadtplanerische Gestaltung.

Herr Leisten:

Warum gibt es für die beiden Tunnelvarianten nur eine behinderten gerechte Planung? Was ist mit der Differenz der Kosten der unterschiedlichen Varianten? Wer trägt die Differenz? In welchem Zeitfenster müssen wir uns final entscheiden?

Herr Ludwig:

Ein behindertengerechter Übergang ist vorhanden. Die Frage muss noch genau geklärt werden. Es wird wohl immer nur einen behindertengerechten Bahnübergang geben. Die Übergänge liegen sehr nah an einander. Es gibt erstmal nur eine Schätzung. Die Bahn als Träger muss sich entscheiden. Dazu benötigt man auch entsprechende Argumente. Das Geld alleine ist nicht ausschlaggebend sondern die Argumente. Bis Juni oder Juli 2021 diesen Jahres müssen wir uns entscheiden.

Frau Schwarzweller:

Wir müssen uns heute über die Variante einig werden. Diese dann aufarbeiten lassen. Begründungen werden aktuell erarbeitet. Abspecken kann man immer. Wir müssen die beste Lösung für Zossen erkämpfen und gemeinsam mit der Bahn beantragen.

Herr Manthey:

Sind die Lichthöhen alle gleich? Wie ist das blaue PKW Zeichen zu verstehen. Müssen wir bei den unterschiedlichen Varianten dann die Differenz von 1, 3 oder 6 Millionen Euro zahlen?

Herr Ludwig:

Zu den Lichthöhen kann er aktuell nichts sagen. Es sollten aber alles dieselben Maße sein. Das PKW-Zeichen wurde zur Vereinfachung der Darstellung gewählt. Es kommt ganz auf die Begründung an. Die Argumente müssen gründlich zusammen getragen werden.

Frau Schwarzweller:

P + R Flächen sind unabhängig von den Varianten, auch Zuwege und Straßenanbindungen müssen geplant werden. Wie hoch die Kosten tatsächlich sind, werden wir in der Planungsphase sehen.

Herr von Lützwow:

Ist für 1. Eine Unterführung wird auf alle Fälle benötigt. Wenn die Nordumfahrung fertig ist, wird zukünftig der Verkehr abgeleitet.

Herr Manthey:

Ist eine Einwohnerversammlung in Dabendorf geplant?

Frau Schwarzweller:

Die Teilnahme der Einwohner an der Sitzung von heute und letzter Woche zeigt, dass man nicht davon ausgehen muss, dass solch eine Veranstaltung notwendig ist.

Herr Manthey gibt den Hinweis, dass eine überarbeitete Beschlussvorlage als 063/21/01 besser wäre.

Änderungsvorschlag der Beschlussvorlage aus dem BBW vom 21.04.2021:

Beschlussvorschlag:

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

1.) *Eine Eisenbahnüberführung mit Geh- und Radweg (Tunnel) in der Goethestraße wird geschaffen, der Übergang in der Brandenburger Straße entfällt. Option 1; 15.310 TEUR*

oder

2.) *Eine Eisenbahnüberführung in der Goethestraße und eine Geh- und Radwegunterführung in der Brandenburger Straße werden geschaffen. Option 2.1; 17.259 TEUR*

oder

3.) *Eine Eisenbahnüberführung mit Geh- und Radweg in der Goethestraße und eine Geh- und Radwegunterführung in der Brandenburger Straße werden geschaffen. Option 2.2.; 20.175 TEUR*

Abstimmung zur geänderten Beschlussvorlage zu Variante 3) mit der Option 2.2: 4 / 1 / 1

zu 9.2

**Einbringung einer Sacheinlage in die Schulbau Dabendorf GmbH über die ZWG  
Vorlage: 065/21**

Beschlussvorschlag:

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*Einbringung einer Sacheinlage in die Zossener Wohnungsbaugesellschaft mbH (ZWG) um der Einzahlungsverpflichtung in das Eigenkapital der Schulbau Dabendorf GmbH nachzukommen.*

a) *Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt, die bereits erbrachten Leistungen für die Lüftungsdecke Küche kostenfrei in die Zossener Wohnungsbaugesellschaft mbH einzubringen. Durch die Einbringung der Sacheinlage erhöht sich der Finanzanlagewert der ZWG in der Bilanz der Stadt Zossen im Haushaltsjahr 2021 um 677.193,00 EUR. (zzgl. Planungsleistungen).*

oder

*b) Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt, die bereits erbrachten Leistungen für die Lüftungsdecke Küche in Höhe von 677.193,00 EUR. (zzgl. Planungsleistungen) an die Zossener Wohnungsbaugesellschaft mbH zu verkaufen.*

Es findet von 20:19 Uhr bis 20:30 Uhr eine Pause statt.

Abstimmung zu Punkt b): 4 / 2 / 0

Herr Kühnapfel schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:39 Uhr.

Die Sitzung wird nach einer Lüftungspause und Herstellung der Nichtöffentlichkeit ab 20:45 Uhr fortgesetzt.

Herrmann Kühnapfel  
Ausschussvorsitzender

Carolin Peidelstein  
Protokollantin (07.05.2021)

übergeben durch Hr. O. Mantley am 03.05.2021 in FA  
zu TOP 2

Detlef Polley  
Mitglied der BI „Verkehrsberuhigung Dabendorf“

03.05.2021

Sehr geehrte Mitglieder des Finanzausschusses,

hiermit bitte ich um Beantwortung der nachfolgenden Fragen, die in Zusammenhang mit der Bahnquerung im Gemeindeteil Dabendorf stehen:

Wie groß ist die Differenz der Investitionssumme zwischen der preiswertesten innerörtlichen und einer von der Stadt favorisierten Bahnquerungsvariante im Gemeindeteil Dabendorf?

Welchen Anteil muss die Stadt Zossen tragen?  
Wie groß sind die Folgekosten für Straßenausbau, Einbindung an der B96 und Tunnelbewirtschaftung?

Kommen in Zukunft die Anlieger der viel befahrenen kommunalen Hauptverkehrsstraßen (Glienicke-, Brandenburger- und Goethestraße) für die Folgekosten an Straßen und Gebäuden auf und wollen Sie diese auf die Anlieger umlegen?

Sollte dieser Finanzaufwand einer teuren innerörtlichen Bahnquerung nicht besser für den Bau der Nordumfahrung eingesetzt werden, mit den Vorteilen des Erhalts des Gewerbestandortes Zossen Nord und der Ansiedlung weiterer steuerzahlender Unternehmen?

Erzielt man nicht mit dem Bau zweier innerörtlicher Fahrrad- und Fußgängertunnel eine Kosteneinsparung für die Steuerzahler der Stadt Zossen?

Sind Sie der Meinung, dass der überregionale und gewerbliche Verkehr durch das Nadelöhr im Ortszentrum von Dabendorf geführt werden muss?

Sind Sie der Meinung, dass mit Ihrer vom Bauausschuss in Betracht gezogenen innerörtlichen Querung, die Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes auf den Hauptverkehrsstraßen eingehalten werden können?

Sollte man nicht, wie von einem CDU geführten Ministerium für Infrastruktur und auch vom Bundesverkehrsministerium gefordert, die innerstädtische Fuß- und Radfahrerquote erhöhen und den Fahrzeugverkehr, wie in der Bundesrepublik üblich, auf die Ortsumfahrung lenken?

Für eine zeitnahe Beantwortung der Fragen bin ich dankbar.

Mit freundlichen Grüßen